

Interkommunale Kooperation als Instrument des Klimaschutzes

Eine empirische Untersuchung mit Fallstudien der Metropolregion Hamburg

- KURZFASSUNG -



Ein Wettbewerbsbeitrag zum ALR-Hochschulpreis 2011
„Zukunftsfähige Land- und Regionalentwicklung in Niedersachsen“
der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum e.V.

eingereicht von :

Anna Muche, M.Sc.
Eppendorfer Weg 263
20251 Hamburg
annamuche@web.de

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag ist eine Kurzfassung der Master-Thesis „Interkommunale Kooperation als Instrument des Klimaschutzes - Eine empirische Untersuchung mit Fallstudien der Metropolregion Hamburg“, eine Arbeit zur Erlangung des akademischen Grades „Master of Science Stadtplanung und Stadtentwicklung“ an der HafenCity Universität Hamburg.

Betreut durch:

Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling M.A
Dipl.-Ing. Thomas Zimmermann
HafenCity Universität Hamburg (HCU)
Stadtplanung und Regionalentwicklung
Winterhuder Weg 29
22085 Hamburg

abgegeben am:

19. November 2010

Erklärung

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen entnommen sind, sind als solche eindeutig kenntlich gemacht. Die Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht zur Veröffentlichung angeboten worden. Die Arbeit umfasst ca. 7.117 Wörter (ca. 49.298 Zeichen ohne Leerzeichen).

Anna Muche

Hamburg, den 12. September 2011

Gliederung

1. Einleitung	7
1.1. Ausgangslage	7
1.2. Problem und Fragestellung	7
1.3. Methodik	8
2. Klimaschutz als kommunale Aufgabe?	9
3. Arbeitsthesen	10
4. Fallstudien	13
4.1. Interkommunale Kooperation im Klimaschutz in der Metropolregion Hamburg	13
4.2. Fallstudien	13
4.2.1. Das „Integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises Lüchow-Dannenberg“	14
4.2.2. Die „Plus-Energie-Region“ Aller-Leine-Tal	15
4.2.3. Die Energiemanagement-Agentur emma e. V.	16
4.2.4. Die kommunale Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen gemeinnützige GmbH	17
5. Fazit	19

Einleitung

1.1. Ausgangslage

Der Klimaschutz nimmt in der nationalen und internationalen Politik eine stetig wachsende Bedeutung ein. Die internationalen Klimaschutzziele und -abkommen reichen bisher noch nicht aus, um die erwarteten Klimafolgen zu vermeiden. Der Handlungsdruck, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wächst stetig.

Insbesondere die kommunale Verwaltungsebene nimmt im Klimaschutz eine zentrale Rolle ein. Die Kommunen verfügen nicht nur über die Möglichkeit, Klimaschutz konkret zu betreiben, sondern werden auch direkt von den Klimafolgen betroffen sein. Kommunen können auf unterschiedlichen Ebenen im Klimaschutz tätig werden und in verschiedenen Rollen den Klimaschutz beeinflussen. Sie sind zugleich Nutzer, Vorbild, Versorger, Berater, Impulsgeber und Ordnungsmacht.

1.2. Problem- und Fragestellung

Viele kommunale Vertreter haben die Handlungsnotwendigkeit erkannt und engagieren sich mit umfassenden Klimaschutzkonzepten. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass insbesondere den kleinen und mittleren Kommunen im ländlichen Raum die finanziellen und personellen Ressourcen fehlen, um Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln, durchzusetzen und konsequent zu verfolgen. Diese Erkenntnis wirft viele Fragen auf. Die Hauptfrage, die sich stellt, ist, wie Kommunen mit ihren bestehenden Ressourcen im Bereich des kommunalen Klimaschutzes handlungsfähiger werden können.

Ein bewährtes Mittel, um den Handlungsspielraum der Kommunen zu erweitern und neue Ressourcen zu erschließen, ist die interkommunale Kooperation. Mit Hilfe einer solchen Zusammenarbeit ist es vielen Kommunen gelungen, in unterschiedlichen Bereichen der Regionalentwicklung Kräfte und Kompetenzen zu bündeln und so handlungsfähiger zu werden. Dies gilt insbesondere in Bereichen, in denen sich Kommunen mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen.

Obwohl kommunaler Klimaschutz und interkommunale Kooperation zwei von der Forschung sehr beachtete Themenfelder sind, gab es bisher noch keine wissenschaftliche Untersuchung einer Verknüpfung dieser Bereiche. Einen ersten Beitrag zu diesem Forschungsfeld leistete die Langfassung der vorliegenden Arbeit. Das Erkenntnisziel der Master-Thesis war die Beurteilung, ob Kommunen durch interkommunale Kooperation ihre Handlungsfähigkeit im Klimaschutz erhöhen können und handelte folgende wissenschaftliche Leitfrage ab:

„Ist Klimaschutz ein geeigneter Gegenstand von interkommunalen Kooperationen kleiner und mittlerer Kommunen in der Metropolregion Hamburg?“

Die Metropolregion Hamburg setzt sich aus 14 (Land-) Kreisen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens sowie der Hansestadt Hamburg zusammen. Zu diesen Kreisen zählen Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg, Cuxhaven, Stade, Rotenburg (Wümme), Harburg, Soltau-Fallingb., Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg. Diese Region hat insgesamt 4,3 Mio. Einwohner. Gemeinsam verfolgt die Metropolregion Hamburg u. a. das Ziel, Strategien gegen den Klimawandel und zum Klimafolgenmanagement zu entwickeln.

Die Metropolregion Hamburg stellte aus zwei Gründen den Untersuchungsraum der Arbeit dar: Zum einen, da sich aus ihrer Struktur verschiedene Möglichkeiten für interkommunale Kooperationen ergeben und zum anderen, weil bereits Kontakte zu den Akteuren existieren, die im Rahmen dieser Arbeit genutzt werden können.

1.3. Methodisches Vorgehen

Ziel der Arbeit war es, zu untersuchen, ob interkommunale Kooperation im Bereich Klimaschutz sinnvoll ist. Es sollte aufgezeigt werden mit welchen Hemmnissen und Schwierigkeiten die Kommunen bei einer Zusammenarbeit in diesem Bereich zu rechnen haben und wie sie diesen begegnen können.

Zur Beantwortung der Fragestellung wurden zunächst in einem theoretischen Teil die zwei Themenfelder „kommunaler Klimaschutz“ und „interkommunale Kooperation“ eingehend untersucht. Diese Untersuchung wird hauptsächlich auf Basis einer ausführlichen Literatur- und Internetrecherche sowie mit Hilfe von Experteninterviews durchgeführt. Dieser Teil der Arbeit wird in der vorliegenden Kurzfassung nur stark gekürzt wiedergegeben.

Auf Grundlage der Theorie wurden dann Arbeitsthesen zu interkommunalen Kooperationen im Klimaschutz formuliert, welche im zweiten Teil der Arbeit anhand von vier niedersächsischen Fallstudien untersucht wurden.

Zunächst wurde in einer kurzen Bestandsaufnahme die existierenden interkommunalen Kooperationen im Klimaschutz dargestellt. Diese wurden mit Hilfe der Klimaschutzvertreter der (Land-) Kreise aus der Arbeitsgruppe Klimaschutz der Metropolregion Hamburg erhoben. Diese Experteninterviews mit Vertretern der Metropolregion Hamburg sowie der Forschungszentrum Jülich GmbH und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ermöglichen an dieser Stelle, einen Status Quo der interkommunalen Kooperationen im Klimaschutz in der Metropolregion Hamburg zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Recherche ist ein Überblick, welche Kommunen in der Metropolregion Hamburg bereits mit Hilfe von Kooperationen aktiven Klimaschutz betreiben. Es stellt jedoch nicht den Anspruch auf eine vollständige Erhebung, da nicht alle Kommunen befragt worden sind, sondern sich auf die Fachkenntnisse der befragten Personen verlassen wurde.

Aus diesen Kooperationen wurden vier niedersächsische Fallbeispiele ausgewählt, die ein möglichst breites Spektrum der Inhalte und Ziele von zwischengemeindlicher Zusammenarbeit im Klimaschutz darstellen. Die Experteninterviews der beteiligten Akteure trugen dazu bei, die formulierten Arbeitsthesen anhand der Fallstudien zu überprüfen sowie Hemmnisse und förderliche Faktoren bezüglich der Kooperationen und des Klimaschutzes zu identifizieren.

Die zentralen Erkenntnisse, die aus der theoretischen Recherche und den Fallstudien gewonnen werden konnten, werden in einem abschließendem Fazit zusammengefügt. Die Arbeitsthesen ebenso wie die positiven und negativen Faktoren tragen zu der Beantwortung der wissenschaftlichen Leitfrage bei.

2. Klimaschutz als kommunale Aufgabe?

Der Klimawandel äußert sich in einem Anstieg der globalen Mitteltemperatur seit Mitte der 1970er Jahre. Dieser ist insbesondere auf den Ausstoß von Treibhausgasen und somit auf das menschliche Handeln zurückzuführen. Der Anstieg der globalen Mitteltemperatur geht einher mit weiteren Veränderungen des globalen Klimas (Veränderung des Niederschlags, Änderung der Windmuster usw.), die global weit reichende Konsequenzen, so genannte Klimafolgen, haben. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass sich diese Folgen weitestgehend kontrollieren lassen, wenn der Anstieg der globalen Mitteltemperatur weniger als 2°C beträgt. Um dieses Ziel zu erreichen müssen bis 2050 50% der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 eingespart werden. Ein verbindliches internationales Abkommen wie dieses Ziel erreicht werden soll, existiert zurzeit nicht [WBGU, 2008: 215].

Die Bundesrepublik Deutschland möchte 2020 ihre Treibhausgasemissionen um 40% im Vergleich zum Jahr 1990 senken. Um dieses Ziel zu erreichen müssen alle föderalen Ebenen ihren Beitrag leisten. Während die Einsparziele auf der Ebene des Bundes und der Länder hauptsächlich durch Ge- und Verbote sowie Anreizprogramme verfolgt werden, zeichnet sich die lokale Ebene dadurch aus, dass sich konkrete Maßnahmen umsetzen lassen, eine Nähe zu Bürgern und Unternehmen existiert und die Ergebnisse des Handelns unmittelbar erfahrbar sind.

Außerdem kann Klimaschutz zu positiven Effekten in strukturellen Politikfeldern der Kommunen führen:

- Förderung der lokalen Wirtschaft,
- niedrige Energiekosten als Standortvorteil gegenüber anderen Gemeinden als Beitrag zur Wohnqualität und Entlastung des kommunalen Haushalts,
- Schaffung von Arbeitsplätzen und
- Erhöhung des kommunalen Etats [Willenbrock, 2010: 66ff].

Einige Kommunen handeln aus Verantwortungsbewusstsein heraus, da Klimaschutz keiner föderalen Ebene zugeordnet ist. Viele dieser Kommunen beschäftigen sich schon seit den 1980er Jahren mit dem Thema Klimaschutz und konnten so Fachwissen generieren und Netzwerke schaffen. Die aktiven Kommunen handeln zwar freiwillig, Klimaschutz lässt sich aber als Querschnittsaufgabe mit den kommunalen Pflichtaufgaben verbinden [Bielitza-Mimjäger, 2007: 110]. Die zentralen Handlungsfelder des Klimaschutzes sind:

- Energie,
- Verkehr,
- Wasserver- und -entsorgung,
- kommunale Planung und
- Beschaffungswesen [Fischer und Kallen, 1997: 371ff].

Als Akteur im Klimaschutz können Kommunen unterschiedliche Rollen einnehmen. Sie können wie folgt auftreten:

- Verbraucher und Vorbild,
- Planer und Regulierer,
- Versorger und Anbieter,
- Berater und Promoter sowie
- Partner und Vermittler [WZB, 2005: 4].

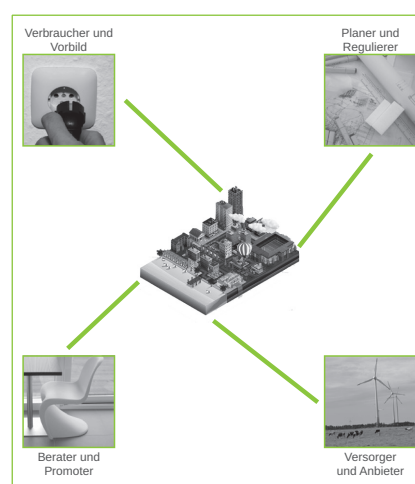


Abb. 2: Die unterschiedlichen Rollen der Kommunen;
Quelle: Eigene Darstellung.

Um ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten, ist die Rolle als Verbraucher und Vorbild nicht zu unterschätzen. Da der Einfluss des eigenen Handelns der Kommunen gering ist, kommt den Kommunen jedoch insbesondere als Berater und Promoter eine besondere Rolle zu.

Weitere wichtige Akteure im Klimaschutz sind:

- die Energieversorgungsunternehmen,
- die Verkehrsunternehmen,
- die lokale Wirtschaft und
- die Bürger.

Eine der Hauptaufgaben der Kommunen ist es, diese Akteure zu motivieren und ihr Handeln zu koordinieren [Bielitza-Mimjähler, 2007: 120ff].

Bei vielen Kommunen steht Klimaschutz jedoch nicht auf der Agenda. Ein Grund ist, dass die Aktiven im Klimaschutz nicht im gleichen Maß von ihrem Einsatz profitieren, wie sie sich engagieren. Denn trotz Klimaschutz können Klimafolgen auftreten. Folgendes können Gründe für die Untätigkeit von Kommunen sein:

- Die finanzielle Situation vieler Kommunen erlaubt keine Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben,
- Klimaschutz steht in Konkurrenz zu anderen freiwilligen Aufgaben,
- Mangel an weiteren Ressourcen (Zeit, Personal, Know-How usw.),
- Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen scheitern häufig in den Gremien,
- einige Klimaschutzbereiche werden auf Grund unpopulärer Konsequenzen ausgeklammert [WZB, 2005: 6, 39f].

Um diesen Hemmnissen entgegenzuwirken, könnte interkommunale Kooperation ein geeignetes Instrument sein. Dies wird im Folgenden untersucht.

3. Arbeitsthesen

Im Rahmen einer Studie von Kienbaum Management Consultants GmbH wurden 80% der Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern befragt. Dieser Studie zufolge sind eine große Zahl der Handlungsfelder der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit dem Bereichen Kultur und Bildung zuzuordnen. [Portz, 2005: 8].

Das Kooperationsverhalten ist unproportional zu den CO₂-Einsparpotentialen. In den Bereichen mit den niedrigsten Einsparpotentialen wird viel kooperiert, während in den Bereichen mit den größten Einsparpotentialen kaum Kooperationen stattfinden. Dies lässt darauf schließen, dass Kommunen die Kooperation als Instrument für den Klimaschutz noch nicht ausreichend erkannt haben.

Um zu prüfen, ob interkommunale Kooperation ein geeignetes Instrument für den Klimaschutz ist, werden ausgehend von den allgemeingültigen Erfolgsfaktoren interkommunaler Kooperation Arbeitsthesen hergeleitet, die zu Erfolg oder Misserfolg interkommunaler Kooperationen im Bereich Klimaschutz führen können. Dazu wurden die allgemeinen Erfolgsfaktoren auf das Handlungsfeld Klimaschutz und den damit verbundenen Rahmenbedingungen bezogen.

Im Bereich Klimaschutz existieren so genannte natürliche Handlungsfelder, die aus lokalen Umständen resultieren. Ein natürliches Handlungsfeld herrscht vor, wenn sich Kommunen zeitgleich mit den gleichen oder neuen Herausforderungen konfrontiert sehen. In diesen Fällen ist der Kooperationsnutzen für die Akteure offensichtlich und es lässt sich eine Win-win-Situation herstellen [bpb, 2010].

Aber auch ideelle Werte können dazu führen, dass eine interkommunale Kooperation im Bereich Klimaschutz initiiert wird. Bei Akteuren, die auf Grund ihrer Ideale klimaschützend handeln, ist also ein Interesse da, den Aktionsraum nicht nur auf das Gemeindegebiet zu begrenzen. Wenn zwei Kommunen erkannt haben, dass ein Handeln ihrerseits erforderlich ist, sie sich dieser Herausforderung allerdings nicht allein gewachsen sehen oder auf Grund fehlender Ressourcen nicht in der Lage sind zu handeln, ist es möglich, dass sie aus diesem Grund eine Kooperation anstreben und so ein natürliches Handlungsfeld entsteht.

Arbeitsthese 1: Basiert die Kooperation auf einem natürlichen Handlungsfeld, lässt sich eine Kooperation im Bereich Klimaschutz leichter initiieren, da sich für die beteiligten Akteure Win-win-Situationen ergeben.

Bei Mangel von Ressourcen, wie Zeit, Personal und Know-How, gilt die interkommunale Kooperation in anderen Bereichen als probates Mittel [Friedrich-Ebert-Stiftung 2008: 41], dennoch die Aufgabenerfüllung wahrzunehmen. Übertragen auf den Klimaschutz bedeutet dies, dass sich der notwendige zeitliche und personelle Aufwand durch interkommunale Kooperation verringern lässt und gleichzeitig zusätzliches Wissen generiert wird.

Häufig werden klimaschützende Maßnahmen auf Grund der z. T. desolaten Haushaltslage von Gemeinden abgelehnt. Die interkommunale Kooperation ermöglicht, die Kosten auf mehrere Kommunen zu verteilen, ohne die positiven Effekte im einzelnen Gemeindegebiet einzuschränken. In kleinen und mittleren Kommunen decken Mitarbeiter viele unterschiedliche Arbeitsbereiche ab und verfügen daher kaum über spezielles fachspezifisches Wissen [WZB, 2005: 6, 39f]. Hohe Spezialisierungsgrade und damit verbundenes Fachwissen sind aber in vielen Bereichen des Klimaschutzes notwendig, so z. B. in der energetischen Beratung der Wirtschaft .

Arbeitsthese 2: Interkommunale Kooperation kann insbesondere bei kleinen und mittleren Kommunen dazu dienen, im Bereich Klimaschutz finanzielle, personelle und wissensbezogene Ressourcen einzusparen, effizienter einzusetzen oder zu generieren.

Ein Erfolgsfaktor der interkommunalen Kooperation stellt die Umsetzung konkreter Projekte dar [Hollbach-Gröming, 2005: 51]. Auch im Klimaschutz wird diese Strategie verfolgt, um Praxisbeispiele zu entwickeln, den Stand der Technik zu demonstrieren, Überzeugungsarbeit zu leisten und Vorbilder zu schaffen. Die Vorbildfunktion solcher Projekte geht häufig über die Gemeindegrenzen hinaus. Insbesondere mit der Realisierung von Projekten, die nicht nur dem Klimaschutz dienen, sondern zeitgleich auch Kosten einsparen, lassen sich Win-win-Situationen herstellen, die kooperative Projekte beflügeln. Konkrete Projekte sind also sowohl für interkommunale Kooperationen als auch für den Klimaschutz ein wichtiger Bestandteil.

Arbeitsthese 3: Konkrete Projekte tragen zum Erfolg interkommunaler Kooperationen im Klimaschutz bei.

Projekte mit Vorbildcharakter können zu Stolz seitens der Bevölkerung und somit auch zu einer Identifikation in der Region führen. Insbesondere im Klimaschutz ist die aktive Beteiligung Aller - der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Bevölkerung - notwendig, um ambitionierte Ziele zu erreichen. Dadurch kann insbesondere bei Erfolg ein starkes Wir-Gefühl entstehen. Ein Hemmnis interkommunaler Kooperation ist die Angst vor dem Verlust der lokalen Identität [Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008: 80]. Diese Gefahr kann auch bei Kooperationen im Bereich Klimaschutz nicht ausgeschlossen werden. Sie ist aber als gering einzuschätzen, da wie eben beschrieben, Klimaschutz durchaus zur Identitätsbildung, wenn auch auf regionaler Ebene, beitragen kann.

Arbeitsthese 4: Klimaschutz trägt zur Identitätsbildung in der Region bei und ist somit ein geeigneter Gegenstand von interkommunaler Kooperation.

Es stellt sich also die Frage, warum die Zusammenarbeit im Klimaschutz nicht weiter verbreitet ist. Das Engagement im Klimaschutz der Kommunen schwankt stark. So verfügen sie über unterschiedliche Kenntnisstände, Erfahrungen und Ziele. Durch Kooperationen lassen sich diese Differenzen zwar mindern, für eine Kooperation ist aber ein Konsens über das gemeinsame Ziel grundlegend [Lindloff, 2003: 182f]. Lässt sich keine gemeinsame Zieldefinition finden, kann keine Kooperation initiiert werden.

Dies zeigt insbesondere die Erfahrung in dem Förderprogramm des BMU. Kommunen unter 10.000 Einwohner sind nicht förderberechtigt. Sie haben die Möglichkeit sich mit anderen Kommunen zusammenzuschließen und so die kritische Masse zu erreichen. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, dass interessierte Kommunen Schwierigkeiten haben geeignete Kooperationspartner zu finden. Gründe dafür könnten sowohl grundlegendes Desinteresse am Klimaschutz als auch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen oder Zieldefinitionen sein.

Arbeitsthese 5: Unterschiedliche Ziele und Kenntnisstände der Kommunen stehen der Bildung von Kooperationen im Klimaschutz entgegen.

Ein weiteres entscheidendes Hemmnis von interkommunaler Kooperation in diesem Bereich könnte die schwierige Quantifizierung von Vorteilen sein. Auf Grund der Schwierigkeiten, den Kooperationsnutzen quantifizierbar zu machen oder monetär darzustellen, ist weder eine Nutzenabschätzung der Kooperation möglich, noch lässt sich ein klarer Kosten-Nutzen-Ausgleich definieren.

Dadurch finden Kooperationen insbesondere in den Teilbereichen statt, in denen sich der Nutzen monetär beziffern lässt. Dies verstärkt die schon existierende Tendenz einiger Kommunen nur lukrative Maßnahmen im Klimaschutz zu ergreifen. Maßnahmen, mit denen ein größerer klimatischer Effekt erzielt werden kann, aber deren Nutzen sich nicht beziffern lässt, werden häufig vernachlässigt. Zusätzlich besteht „aus gesamtwirtschaftlicher Sicht [...] das Dilemma, dass der volkswirtschaftliche Nutzen von Energieeinsparung und Klimaschutz in der Regel höher ist, als der betriebswirtschaftliche für die Kommunen“ [KfW, 2010: 37]. Die Kommunen ziehen aber in den meisten Fällen bei der projektbezogenen Betrachtung lediglich den betriebswirtschaftlichen Nutzen in ihre Betrachtung mit ein.

Arbeitsthese 6: Interkommunale Kooperationen beschränken sich im Klimaschutz auf wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen und schließen Maßnahmen, deren monetärer Nutzen nur schwer quantifizierbar ist, aus.

Um bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen eine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Ämtern zu gewährleisten, wird die Einrichtung einer Stabstelle für Klimaschutz bei der Verwaltungsspitze empfohlen [WZB, 2005: 39f]. Sind allerdings mehrere Kommunen an der Umsetzung von klimaschützenden Maßnahmen oder Konzepten beteiligt, stellt sich die Frage nach der geeigneten Institutionalisierung, um die Weisungsbefugnis gegenüber Ämtern dieser Kommunen zu gewährleisten. Denn bei der Umsetzung im Rahmen einer interkommunalen Kooperation könnte die notwendige Weisungsbefugnis verloren gehen.

Arbeitsthese 7: Interkommunale Kooperation im Klimaschutz trägt dazu bei, dass die notwendige Weisungsbefugnis verloren geht.

Dennoch oder gerade wegen der bisher genannten Gründe haben sich in der Metropolregion Hamburg unterschiedliche interkommunale Kooperationen im Bereich Klimaschutz gegründet. Anhand der Fallstudien aus der Metropolregion Hamburg sollen die entwickelten Arbeitsthesen geprüft und ggf. verifiziert werden.

4. Fallstudien

4.1. Interkommunale Kooperation im Klimaschutz in der Metropolregion Hamburg

In der Metropolregion Hamburg beschränken sich diese Kooperationen in den meisten Fällen auf Teilbereiche des Klimaschutzes. Wie auf der Karte ersichtlich, existieren in dieser Region sechs interkommunale Kooperationen im Bereich Klimaschutz, wovon fünf in dem Bundesland Niedersachsen liegen.

Zu den sechs Kooperationen zählen das „Integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises Lüchow-Dannenberg“, die „Plus-Energie-Region“ Aller-Leine-Tal, die Energiemanagement Agentur emma e. V. und die Klimaschutzgesellschaft des Landkreises Uelzen gemeinnützige GmbH sowie die Bioenergie-Region Amt Burg St. Michaelisdonn und die Klimaleitstelle für Stadt und Landkreis Lüneburg.

Auffällig ist, dass die Kooperationen vorwiegend im ländlichen Raum der Metropolregion Hamburg angesiedelt sind.

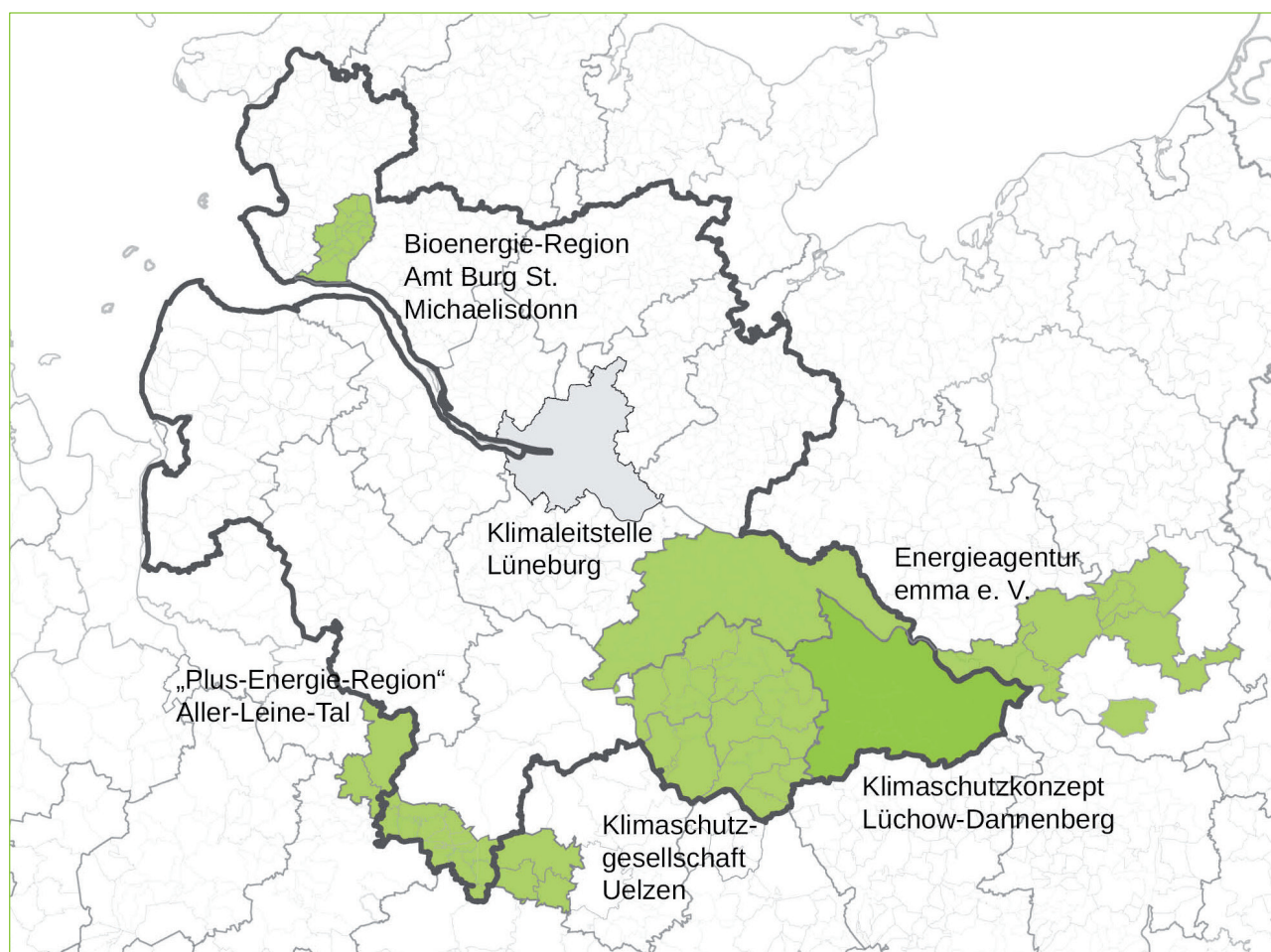


Abb. 3: Interkommunale Kooperationen im Klimaschutz in der Metropolregion Hamburg; Quelle: Eigene Darstellung

4.2. Die Fallstudien

Aus diesen Kooperationen wurden vier Fallbeispiele ausgewählt, anhand derer die zuvor formulierten Arbeitsthemen in ausführlichen Fallstudien geprüft werden. Im Folgenden werden das „Integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises Lüchow-Dannenberg“, die „Plus-Energie-Region“ Aller-Leine-Tal, die Energiemanagement Agentur emma e. V. und die Klimaschutzgesellschaft des Landkreises Uelzen gemeinnützige GmbH näher untersucht.

Diese Untersuchung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Die ausgewählten Kooperationen bilden dennoch die Vielfältigkeit der möglichen Kooperationsinhalte und der möglichen Organisationsformen ab.

4.2.1. Das „Integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises Lüchow-Dannenberg“

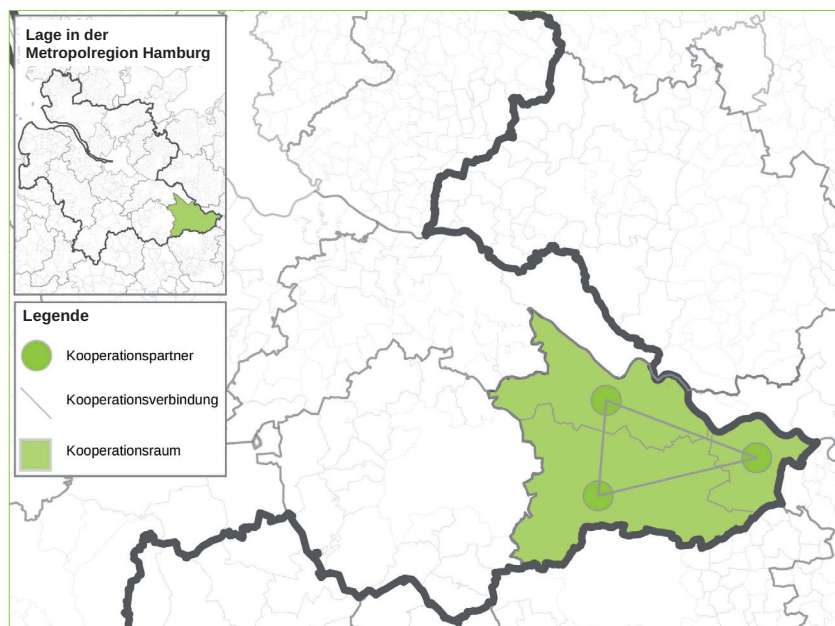


Abb. 4: Der Kooperationsraum des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Lüchow-Dannenberg; Quelle: Eigene Darstellung

Das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises Lüchow-Dannenberg ist von den in dieser Arbeit untersuchten Fallstudien das in Bezug auf die Anzahl der Handlungsfelder umfangreichste Beispiel. Das Klimaschutzkonzept umfasst die Handlungsfelder Verkehr, öffentliche Verwaltung, private Haushalte, Wirtschaft sowie Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Energie. Bei diesem breit aufgestellten Konzept ist keine Einschränkung auf kurzfristig wirtschaftlich rentable Maßnahmen zu erkennen. Allerdings waren bereits bei der Auswahl der Handlungsempfehlungen und der konkreten Projekte die Investitionskosten, die Finanzierung-

möglichkeiten und die wirtschaftlichen Effekte von großer Bedeutung [LKLD, 2010: 43]..

Der erhebliche Umfang des Klimaschutzkonzeptes wurde z. T. nur auf Grund der Kooperation des Landkreises mit den Samtgemeinden erreicht, da so die Kompetenzen erweitert wurden. Durch die Kooperation konnte ein wesentlich effizienterer Einsatz der Ressourcen gewährleistet werden. Des Weiteren wären die Samtgemeinden auf Grund ihrer geringen Einwohnerzahl gar nicht förderberechtigt gewesen. Nur die Kooperation ermöglichte es also den Samtgemeinden die Förderung des BMU in Anspruch zu nehmen.

Auch wenn die Kooperation von den Beteiligten sehr positiv bewertet wird, stellt das Klimaschutzkonzept allein noch keinen Erfolg dar. Um die formulierten Ziele umzusetzen, sind konkrete Maßnahmen und Projekte notwendig. Erst anhand der Umsetzung kann in Zukunft evaluiert werden, welche Ziele tatsächlich erreicht und welche CO₂-Minderungen realisiert werden konnten.

Auf Grund des Aussetzens der Förderung des BMUs ist die Umsetzung von dem Engagement der Bürger und der Verwaltungsmitarbeiter abhängig. Ohne die Bundesförderung ist die Betreuung der Umsetzung des Konzeptes nicht gesichert. Dadurch besteht die Gefahr, dass das Klimaschutzkonzept nicht mit gleichem Elan umgesetzt wird, wie es erstellt wurde.

Das Engagement der Bürger war größer als erwartet und geht noch über die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes hinaus. Auf Grund dieses großen Engagements wird erwartet, dass viele Handlungsempfehlungen des Klimaschutzkonzeptes umgesetzt werden. Insbesondere die Zusammenarbeit von Privatpersonen und der Verwaltung hat dazu beigetragen, dass gegenseitiges Verständnis aufgebaut wurde. Dieses Verständnis füreinander und die Mitarbeit der Bevölkerung kann bei Eintreten der ersten sichtbaren Erfolge eine wichtige Grundlage für eine Identifikation der Bürger mit der Region sein.

Während der Arbeit sind in der Datensammlung innerhalb der Verwaltung Datenlücken sichtbar geworden. Diese Datenlücken haben dazu beigetragen, dass die CO₂-Bilanz, die als Grundlage des Klimaschutzkonzeptes dient, für das gesamte Kreisgebiet nicht so zuverlässig ist, wie es in Einzelfällen, also ohne Kooperation, evtl. möglich gewesen wäre. Dieser Mangel soll im weiteren Verlauf des Klimaschutzkonzeptes abgebaut werden.

Es besteht jedoch keine Weisungsbefugnis oder Verpflichtung die formulierten Handlungsempfehlungen umzusetzen. Durch die geplante Fortschreibung und Berichterstattung ist jedoch gewährleistet, dass auf eventuelle Missstände weiterhin aufmerksam gemacht wird und dadurch ein Umsetzungsdruck der Handlungsempfehlungen entsteht.

4.2.2. Die „Plus-Energie-Region“ Aller-Leine-Tal

Die Region Aller-Leine-Tal kann auf eine lange und erfolgreiche Zusammenarbeit zurückblicken. In dieser Zeit hat sich ein Vertrauensverhältnis zwischen den Beteiligten entwickelt, welches die Basis der zukünftigen Kooperationen bildet. Dies gilt auch für das Ziel, die Region Aller-Leine-Tal zu einer Plus-Energie-Region zu entwickeln [LAG Kooperationsraum Aller-Leine-Tal, 2007: Iff]. Die dafür notwendige Umstrukturierung der Energieversorgung ist für die Kommunen nur zusammen umzusetzen, da die Gemeinden nur gemeinsam einen ausreichenden Energiemix, basierend auf erneuerbaren Energieträgern, weiterentwickeln können. Das Ziel Plus-Energie-Region zu werden, stellt damit ein natürliches Handlungsfeld dar. Dennoch mussten einige der beteiligten Kommunen zunächst von dem Projekt überzeugt werden.

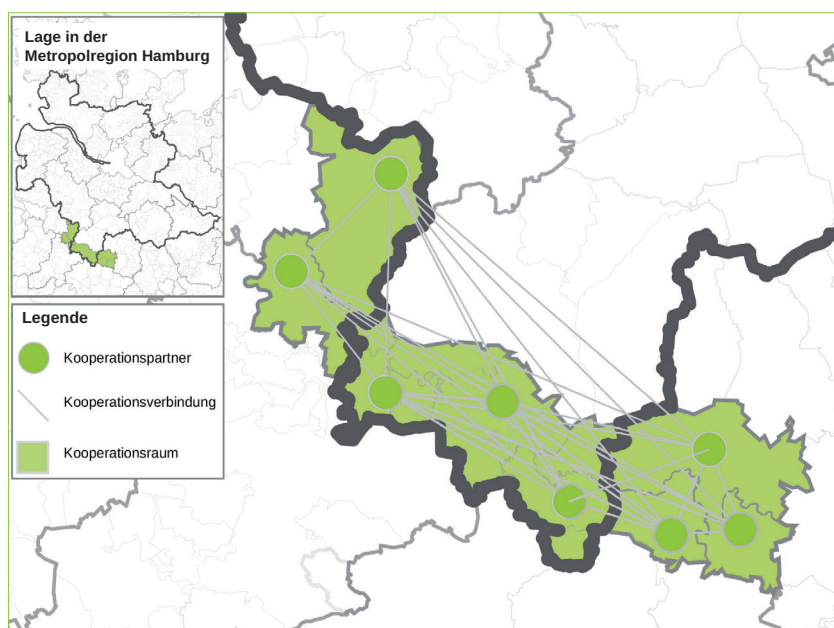


Abbildung 32: Kooperationsraum der Region Aller-Leine-Tal; Quelle: Eigene Darstellung

Ein wichtiges Argument für die Kooperation in diesem Bereich sind die Synergieeffekte, die sich durch die Zusammenarbeit erzeugen lassen. Das Arbeitspensum eines solchen Projektes wäre für eine Kommune alleine nicht tragbar. Auch die notwendigen finanziellen Mittel zum Erstellen der grundlegenden Studie würde eine Kommune alleine nicht bereitstellen können. Die Kosten- und Arbeitsteilung im Rahmen der Kooperation ermöglichen den Kommunen bei einem geringeren Einsatz die gleichen positiven Effekte zu erzielen.

Mit der Umstrukturierung zur Plus-Energie-Region werden zwei grundlegende Ziele verfolgt. Zum einen soll die Wirtschaft des Standortes gestärkt werden, zum anderen soll ein Beitrag zum globalen Klimaschutz geleistet werden. Durch die Umsetzung konkreter Projekte konnten diese Ziele z. T. schon heute erreicht werden. Mit einer CO₂-Einsparung von 90.400 t pro Jahr allein in der Stromerzeugung konnte bereits ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Durch die Stromerzeugung aus regenerativen Energien fließen auf Grund des EEG jährlich 18 Mio. Euro in die Region, die zum großen Teil in den regionalen Wirtschaftskreislauf fließen und somit zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Region beitragen.

Diese Erfolge der konkreten Projekte erleichtern die Initiierung von Folgeprojekten. Insbesondere bei einem abstrakten Thema, wie dem Klimaschutz, veranschaulichen konkrete Projekte und Maßnahmen Handlungs-

optionen. Auch die unterschiedlichen Auszeichnungen und Preise, die die Projektgruppe für Projekte und die Arbeit im Allgemeinen erhalten hat, fördern die Zusammenarbeit. Sie haben somit einen großen Anteil an dem Erfolg der Kooperation und der regionalen Identifikation.

Die genannten positiven Faktoren für eine Kooperation im Klimaschutz decken sich weitgehend mit den in der Literatur genannten Erfolgsfaktoren:

- Persönliches Engagement der Kooperationsmitglieder,
- Fördermittel,
- klare Aufgaben- und Zieldefinition,
- Vertrauen und
- Wirtschaftlichkeit.

Zusätzliche Erfolgsfaktoren dieser Kooperation sind:

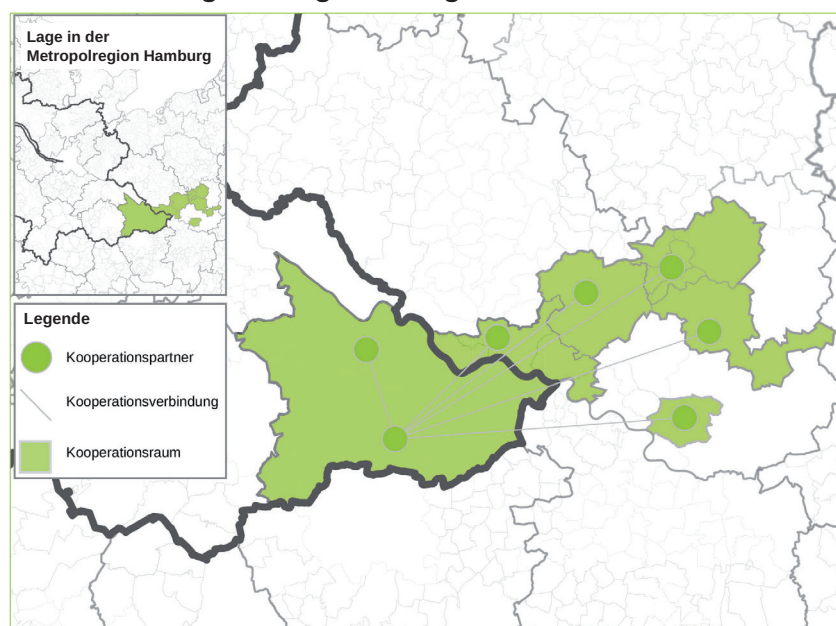
- Anerkennung durch Preise und Auszeichnungen,
- frühzeitige Integration von Betroffenen in die Planungen und
- Konzentration auf die individuellen Stärken.

Die seitens der Kooperationspartner positiv bewertete Wirtschaftlichkeit der Projekte kann sich aber auch hinderlich auf die Kooperation im Klimaschutz auswirken. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere die Projekte schwer zu realisieren sind, bei denen der wirtschaftliche Nutzen nur schwer zu beziffern oder nur zu schätzen ist. Insbesondere wenn Kooperationspartner überzeugt werden sollen, sich an diesen Projekten zu beteiligen, fehlt ein wichtiges Argument. Auch die anderen Hemmnisse dieser Kooperation liegen insbesondere in finanziellen Barrieren begründet:

- Mangel an Personal,
- fehlende finanzielle Mittel der Kommunen und
- Unsicherheiten in der bundesweiten Förderpolitik.

Die Weisungsbefugnis spielt in dieser Kooperation jedoch nur eine sehr untergeordnete Rolle. Da die Kooperation auf Konsensbildung basiert, werden gefasste Beschlüsse auch umgesetzt. Eine übergeordnete Weisungsbefugnis ist nicht notwendig und würde der Bottom-up-Philosophie der Kooperationspartner widersprechen.

4.2.3. Die Energiemanagement-Agentur emma e. V.



Die Europäische Energiemanagement-Agentur emma e. V. für die Region Elbtal-Prignitz-Wendland (emma e. V.) dient vorrangig als Anlaufstelle für Kommunen in Fachfragen bezüglich Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbarer Energien. Ihre zweite zentrale Aufgabe ist die Information der breiten Öffentlichkeit durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Aus der Gründung der Energieagentur ziehen alle Kooperationspartner den Vorteil, dass sie nun die Möglichkeit haben, für einen geringen Beitrag Fachkompetenz im Bereich von Energiefragen

Abb. 6: Kooperationsraum emma e. V. Quelle: Eigene Darstellung

in Anspruch zu nehmen. Dieser Nutzen, der allen Kooperationspartnern entsteht, führt zu einer Winwin-Situation, die für den Beitritt vieler Kooperationspartner von zentraler Bedeutung war.

Die fachliche Beratung der Energieagentur gleicht den Mangel an Fachwissen innerhalb der Verwaltungen aus. Die Kooperation trägt entscheidend dazu bei, in den Verwaltungen der Kooperationspartner finanzielle Ressourcen zu sparen und neues Wissen zu generieren. Ohne die Beratung und Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen wäre es einigen Mitgliedern gar nicht möglich, Beurteilungen über den richtigen Lösungsweg zu treffen. Diese Fachkompetenz wird auch als größter Vorteil der Kooperation und als förderlich für den Klimaschutz bewertet.

Da ein Ziel der Energieagentur ist, den Kommunen in den Bereichen fachliche Unterstützung zu geben, in denen in ihrer Verwaltung Wissenslücken bestehen, sind unterschiedliche Kenntnisstände der Kooperationspartner in dieser Kooperation nicht von Bedeutung. Da auch keine gemeinsame Zielformulierung existiert, können die Kommunen weiterhin uneingeschränkt ihre weiteren Ziele verfolgen. Die zentrale Verknüpfung bildet die Energieagentur. Unter den Kooperationspartnern ist keinerlei Abstimmungsbedarf notwendig. Dadurch verlief die Kooperation bisher konfliktfrei. Es verhindert allerdings auch die Bildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls und die Identitätsbildung.

Der zweite zentrale Vorteil der Kooperation ist die Vermeidung von Planungskosten. Diese entsteht insbesondere dadurch, dass alle Beratungsleistungen mit einem jährlichen Beitrag abgegolten werden und keine weiteren Planungskosten für die Kooperationspartner anfallen. Die Maßnahmen der Kommunen beschränken sich häufig auf wirtschaftlich rentable Maßnahmen und es ist auch Teil des Aufgabenbereichs der Energieagentur, die Kommunen bei der Findung einer wirtschaftlich effizienten Lösung zu unterstützen. Die Energieagentur selbst widmet sich allerdings verstärkt Maßnahmen und Projekten ohne direkten wirtschaftlichen Nutzen, wie die Beratung von Bürgern oder die Organisation des fachlichen Austauschs.

Dadurch entstehen für die Energieagentur Schwierigkeiten bei der Finanzierung. Zu den nicht kostendeckenden Beratungen der Kommunen kommen noch unwirtschaftliche Leistungen hinzu. So sind die fehlenden Mittel zur Finanzierung der Energieagentur einer der größten Hemmnisse in dieser Kooperation.

Es existiert eine Diskrepanz zwischen dem Kooperationsnutzen und den Kooperationskosten zu Gunsten der Kommunen. Leidtragende ist die Energieagentur, die ihre Leistungen nicht kostendeckend anbietet. So existieren Schwierigkeiten bei der Finanzierung von emma e. V. Durch ihre Beratungsleistungen liefert die Energieagentur einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz innerhalb der Region. Zum einen motiviert sie durch ihre Aufklärungsmaßnahmen die Öffentlichkeit, sich zu engagieren und Maßnahmen zu ergreifen, und zum anderen trägt sie durch das Liefern von Entscheidungsgrundlagen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen erheblich zur Umsetzung von kommunalen Maßnahmen bei.

4.2.4. Die Kommunale Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen gemeinnützige GmbH (KKU)

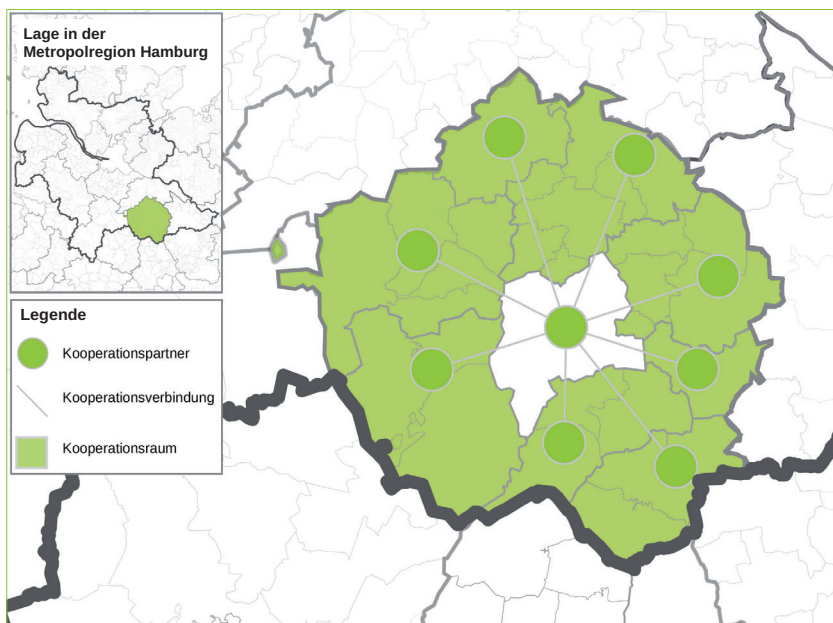


Abb. 7: Kooperationsraum der Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen. ; Quelle: Eigene Darstellung

Die Kommunale Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen gemeinnützige GmbH (KKU) hat ihren Sitz bei der SVO Energie GmbH in Uelzen. Die SVO Energie GmbH ist das regionale Energieversorgungsunternehmen der Landkreise Celle und Uelzen.

Die Kooperation stellt eine Finanzierungshilfe für Projekte, Maßnahmen und Konzepte der teilnehmenden Samtgemeinden dar, die Energieeffizienz steigern und Energie einsparen. Für jeden Einwohner der Samtgemeinden stellt die SVO Energie GmbH je drei Euro für Strom und Gas bereit. Die Samtgemeinden ergänzen diesen Beitrag um 10% der Summe. Das so gewonnene Guthaben können die Samtgemeinden dann zur finanziellen Unterstützung von oben genannten Projekten einsetzen

Die Besonderheit der Kommunalen Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen gemeinnützige GmbH ist, dass sie sehr konfliktarm ist. Dies ist damit zu begründen, dass durch die Zusammenarbeit keine gegenseitigen Abhängigkeiten entstanden sind. Zwischen den Gemeinden gibt es keine Verknüpfungen, wenn diese nicht gewollt sind. Formell gesehen handelt es sich zwar um eine interkommunale Kooperation, in der Praxis ähnelt die Zusammenarbeit durch die fehlende Verknüpfung der Kommunen eher einem Public-Private-Partnership.

Ein weiterer Vorteil der Kooperation ist, dass alle Beteiligten einen Vorteil aus ihr ziehen, ohne ein Risiko einzugehen. Insbesondere auf Grund dieser Win-win-Situation waren alle Akteure schnell bereit zuzubeteiligen.

Als weitere positive Faktoren der Kooperation wurden die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die klar definierten Regeln genannt. Hinzu kommt, dass dieses Konzept bei den finanziellen Problemen der Kommunen ansetzt. Die fehlenden finanziellen Mittel sind ein häufig genanntes Hemmnis im Bereich Klimaschutz. Den Kommunen werden durch diese Zusammenarbeit zusätzliche finanzielle Mittel an die Hand gegeben, die sie für Projekte, Maßnahmen und Konzepte einsetzen, die der Energieeffizienzsteigerung und der Energieeinsparung dienen. Den Kommunen ist es durch diese Mittel möglich, mehr Maßnahmen zu ergreifen oder die Projekte schneller und besser umzusetzen.

Es sind keine CO₂-Einsparziele definiert, die durch die zusätzlichen finanziellen Mittel erreicht werden sollen. Somit war keine Einigung der Gemeinden auf ein gemeinsames Ziel notwendig. Jede Gemeinde verfolgt weiterhin die eigenen Ziele, soweit sie sich welche gesetzt haben. Die unterschiedlichen Ziele und Kenntnisstände in den Gemeinden spielen somit eine stark untergeordnete Rolle in der Kooperation.

Da die KKU sich zu diesem Zeitpunkt noch in der ersten Antragsphase befindet, wurden bisher noch keine Projekte umgesetzt. Die erwarteten Projekte sind insbesondere Erneuerung von Heiztechniken, Dämmmaßnahmen bei öffentlichen Liegenschaften sowie die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Also Maßnahmen, die nicht nur klimaschützende Effekte, sondern auch wirtschaftlich positive Effekte für die Gemeinden zur

18

Folge haben. Es ist jedoch denkbar, dass die zusätzlichen Mittel eher als reguläre Haushaltsmittel für Projekte eingesetzt werden, deren wirtschaftlicher Nutzen unklar ist. Die Umsetzung der Projekte wird dadurch gesichert, dass die Gemeinden sich verpflichten, die beanspruchten Finanzmittel zurückzuzahlen, wenn die Projekte nicht realisiert werden. Es existiert also keine Weisungsbefugnis, aber dennoch eine Kontrolle der Umsetzung.

5. Fazit

In diesem Kapitel werden die formulierten Arbeitsthesen nochmals zusammenfassend geprüft. Dazu werden die Kernerkenntnisse aus den Fallstudien herangezogen. Anschließend wird anhand dieser Erkenntnisse die wissenschaftliche Leitfrage beantwortet.

5.1. Prüfung der Arbeitsthesen anhand der Fallstudien

Arbeitsthese 1: Basiert die Kooperation auf einem natürlichen Handlungsfeld, lässt sich eine Kooperation im Bereich Klimaschutz leichter initiieren, da sich für die beteiligten Akteure Win-win-Situationen ergeben.

Diese These muss zur Beantwortung in zwei Unterthesen geteilt werden:

1. Basiert eine Kooperation auf einem natürlichen Handlungsfeld, lässt sie sich leichter initiieren.
2. Kooperationen lassen sich leichter initiieren, wenn sich Win-win-Situationen ergeben.

Die erste Unterthese kann grundsätzlich bestätigt werden. Die leichtere Initiierung lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass natürliche Handlungsfelder auf gemeinsamen Interessen und gleichen Herausforderungen basieren. Eine grundlegende Kooperationsbereitschaft der beteiligten Kooperationspartner ist also gegeben.

Anhand von der „Plus-Energie-Region Aller-Leine-Tal“ konnte aber gezeigt werden, dass auch bei natürlichen Handlungsfeldern Kooperationspartner von der Teilnahme überzeugt werden müssen. Auch in diesen Fällen ist es notwendig Vertrauen zu schaffen und Misstrauen abzubauen.

Die zweite Unterthese, Kooperationen lassen sich leichter initiieren, wenn sich Win-win-Situationen ergeben, ist für die kooperierenden Akteure von größerer Bedeutung. Sind die Vorteile einer Kooperation für die Kooperationspartner eindeutig erkennbar, ist es leichter, sie für die Kooperation zu gewinnen. Dies äußert sich am deutlichsten, wenn der Vorteil zusätzlich monetär ist. Aber auch andere Vorteile, wie ein Zugewinn an Wissen und Know-How, wird als Kooperationsnutzen anerkannt und auch als solcher honoriert.

Diese Kooperationsvorteile müssen die Kooperationskosten übertreffen. Zeitgleich sollte die Kooperation nur ein geringes Risiko für die Kommunen darstellen. Das heißt, die Kooperationskosten sollten klar definiert sein, während der Kooperationsnutzen garantiert sein sollte.

Um alle Kooperationspartner zufrieden zu stellen, sind die Win-win-Situationen besonders wichtig. Die Fallstudien haben gezeigt, dass bei Win-win-Situationen weniger Konfliktpotential vorhanden ist. Eine Zusammenfassung beider Thesen, dass sich Win-win-Situationen eher bei natürlichen Handlungsfeldern erzielen lassen, kann an Hand der Fallstudien jedoch nicht bestätigt werden.

Arbeitsthese 2: Interkommunale Kooperation kann insbesondere bei kleinen und mittleren Kommunen dazu dienen, im Bereich Klimaschutz finanzielle, personelle und wissensbezogene Ressourcen einzusparen, effizienter einzusetzen oder zu generieren.

Diese These kann anhand der Fallstudien bestätigt werden. Alle Fallbeispiele weisen mindestens einen der oben beschriebenen positiven Synergieeffekte auf. Am deutlichsten wird dies bei der Akquise von Fördermitteln. Fast alle untersuchten Kooperationen haben Fördermittel in Anspruch genommen. Um die Förderbedingungen zu erfüllen, war der Zusammenschluss mit Kooperationspartnern notwendig. Dies gilt sowohl für EU- als auch für Bundesförderungen. Weitere Synergieeffekte hängen von der Ausrichtung der Kooperation ab. Häufig genannte Effekte sind jedoch die Arbeitsteilung bzw. die Auslastung von qualifiziertem Personal, die Generierung zusätzlichen Know-Hows durch Erfahrungsaustausch oder Beratung von Externen, die Vermeidung von Kosten aber auch ein effizienter Einsatz der Ressourcen durch die Vermeidung von Mehrfacharbeit.

Bei kleinen und mittleren Kommunen sind diese Effekte zumeist größer als bei großen Verwaltungseinheiten. Für diese ergeben sich bereits ohne Kooperation die notwendigen Rahmenbedingungen für die Förderberechtigung und sie können zumeist eine höhere Spezialisierung in der Verwaltung aufweisen. Dennoch können auch große Verwaltungseinheiten von Kooperationen profitieren.

Arbeitsthese 3: Konkrete Projekte tragen zum Erfolg interkommunaler Kooperationen im Klimaschutz bei.

Diese These lässt sich so vereinfacht nicht beantworten. Zwar sind konkrete Projekte und Maßnahmen häufig Gegenstand von interkommunalen Kooperationen im Klimaschutz, aber das lässt nicht den Umkehrschluss zu, dass Kooperationen ohne konkrete Projekte nicht erfolgreich sein können. Die Fallstudien zeigen, dass insbesondere im Klimaschutz konkrete Projekte und Maßnahmen eine besondere Bedeutung haben. Denn nur durch umgesetzte Maßnahmen lassen sich CO₂-Minderungen oder Energieeffizienzsteigerungen realisieren.

Kooperationen können zu der Umsetzung dieser Maßnahmen und Projekte auch indirekt beitragen, z. B. durch Beratung, Öffentlichkeitsarbeit oder die Bereitstellung finanzieller Mittel. Diese indirekten Mittel des Klimaschutzes sind insbesondere in den Tätigkeitsbereichen, in denen Kommunen die direkten Eingriffsmöglichkeiten fehlen, von besonderer Bedeutung.

Bei Kommunen, die einen praktischen Ansatz verfolgen, also direkt die Entwicklung, Planung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen und Projekten als Ziel haben, wird die Bedeutung dieser Projekte als sehr groß eingeschätzt. Die Umsetzung konkreter Projekte und die Qualität der Ausführung sind entscheidend für die Erreichung von Einsparzielen. Insbesondere bei einem abstrakten Thema wie dem Klimaschutz erhalten konkrete Projekte eine zusätzliche Funktion als Anschauungsobjekte. Im Klimaschutz verdeutlichen sie, wie einem globalen Problem durch lokales Handeln begegnet werden kann.

Werden die umgesetzten Projekte seitens der Kooperationspartner positiv bewertet, können diese zusätzlich die Initiierung von Folgeprojekten und -kooperationen erleichtern.

Arbeitsthese 4: Klimaschutz trägt zur Identitätsbildung in der Region bei und ist somit ein geeigneter Gegenstand von interkommunaler Kooperation.

Diese These muss ebenfalls differenziert betrachtet werden. Unter den Fallstudien befinden sich Kooperationen, bei denen eine große regionale Identifikation vorhanden ist. Ob sich diese jedoch allein auf den Kooperationsinhalt, also den Klimaschutz, zurückführen lässt, ist fraglich. Von größerer Bedeutung scheint die Beteiligung der Akteure zu sein. So zeigte sich eine regionale Identifikation insbesondere in den Fallstudien, in denen eine sehr offene Beteiligung der Bevölkerung und der regionalen Akteure angestrebt wurde.

Die regionale Identifikation scheint in diesen Fällen eine logische Konsequenz der Beteiligung zu sein. Wer an der Entwicklung und Erarbeitung des Kooperationsinhalts, der Kooperationsziele und des Kooperationsgegenstands Teil hat, identifiziert sich auch mit den Ergebnissen. Dies gilt insbesondere, wenn die Ergebnisse erfolgreich sind und durch Preise und Auszeichnungen Anerkennung finden. Denn diese Anerkennung ist häufig mit einer überregionalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verbunden, die für regionale Identität sorgt.

Einsatz bzw. ein gewisser Streit für ein Kooperationsergebnis scheint ebenfalls für die Identifikation förderlich. So sind keineswegs die Kooperationen mit regionaler Identifikation konfliktärmer als Kooperationen ohne oder mit geringer Identifikation.

Im Gegenzug lässt sich behaupten, dass durch gemeinsamen Einsatz für ein Ergebnis, bei Durchsetzung des gemeinsamen Interesses auch ein gestärktes Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht.

Arbeitsthese 5: Unterschiedliche Ziele und Kenntnisstände der Kommunen stehen der Bildung von Kooperationen im Klimaschutz entgegen.

Diese These kann anhand der Fallstudien nicht bestätigt werden. Je nach Kooperationsinhalt muss diese These anders bewertet werden. Einige Kooperationen tragen dazu bei, die unterschiedlichen Kenntnisstände in der kommunalen Verwaltung auszugleichen und den Mangel an Know-How zu beheben. Insbesondere Kooperationen, die keine gemeinsamen Zieldefinitionen beinhalten und auch ansonsten kaum interkommunalen Abstimmungsbedarf erfordern, werden von diesen Umständen nicht beeinflusst.

Bei anderen Kooperationen jedoch tragen unterschiedlich ambitionierte Ziele oder Schwerpunktsetzungen dazu bei, dass der Kommunikationsbedarf erhöht wird. Einige Fallstudien haben gezeigt, dass solche Umstände dazu führen können, dass einzelne Projekte oder Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Ganze Kooperationen sind aus diesen Gründen jedoch nicht gescheitert. Zur endgültigen Beantwortung dieser These wäre eine Untersuchung mehrerer gescheiterter Kooperationen hilfreich. Eine solche konnte im Rahmen der Recherche jedoch nicht identifiziert werden.

Arbeitsthese 6: Interkommunale Kooperationen beschränken sich im Klimaschutz auf wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen und schließen Maßnahmen, deren monetärer Nutzen nur schwer quantifizierbar ist, aus.

Auch diese These kann auf Grund der Fallstudien nicht pauschal bestätigt werden. Es ist zwar in allen Fallstudien ersichtlich, dass die Kommunen insbesondere wirtschaftlich rentable Maßnahmen ergreifen, dies ist allerdings auf einen allgemeinen Trend und die desolante Haushaltslage der Kommunen zurückzuführen.

Die Fallstudien haben jedoch gezeigt, dass in einigen Fällen erst durch Kooperationen wirtschaftlich unrentable Maßnahmen ergriffen werden, weil die Kosten dann geringer ausfallen. Sie zeigen aber auch, dass in diesen Fällen die Einigung der Kooperationspartner schwerer zu erzielen ist und diese Projekte häufiger scheitern. Dies liegt darin begründet, dass durch ein solches Engagement häufig zusätzliche Probleme auftreten, wie z. B. die Sicherung der Finanzierung, Ablehnung im Rat und erhöhter Kommunikationsbedarf.

Arbeitsthese 7: Interkommunale Kooperation im Klimaschutz trägt dazu bei, dass die notwendige Weisungsbefugnis verloren geht.

Es ist zutreffend, dass keine der Fallstudien eine umfassende Weisungsbefugnis gegenüber den Kooperationspartnern oder den ihnen angehörigen Ämtern besitzt. Dennoch werden viele Konzepte, Maßnahmen und Projekte innerhalb dieser Kooperationen umgesetzt. Es stellt sich also die Frage, ob eine solche Wei-

sungsbefugnis überhaupt notwendig ist. Die Fallstudien haben gezeigt, dass innerhalb der Kooperationen auf andere Mechanismen zurückgegriffen wird, die eine Umsetzung sichern oder fördern. Bei diesen Mechanismen kann es sich z. B. um Zwang durch Auflagen und Bedingungen oder um Handlungsdruck durch Überprüfung und Berichterstattung handeln. Aber auch weichere Formen, wie die Konsensbildung, Beratungen oder Honorierung des Erreichten, tragen zur Umsetzung bei.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass für Kooperationen oftmals das gleiche gilt, wie für interkommunale Kooperationen in anderen Bereichen auch:

- Natürliche Handlungsfelder sorgen für eine Kooperationsbereitschaft, aber nicht immer stellt Klimaschutz ein natürliches Handlungsfeld dar oder wird als solches erkannt.
- Win-win-Situationen sind von zentraler Bedeutung für Kooperationen im Klimaschutz wie für andere auch. Je größer der Kooperationsnutzen, desto leichter lassen sich Akteure zur Mitarbeit überzeugen.
- Bei allen untersuchten Kooperationen konnte dieser Nutzen hergestellt werden. Alle Kooperationen haben dafür gesorgt, dass Ressourcen eingespart, effizienter genutzt oder neu generiert wurden. Für Kooperationen im Bereich Klimaschutz lassen sich also Synergieeffekte herstellen. Insbesondere bei kleinen und mittleren Kommunen wird dieser Effekt größer eingeschätzt, als bei großen Verwaltungseinheiten.
- Im Klimaschutz haben konkrete Projekte eine besondere Bedeutung, ohne sie lassen sich keine positiven Effekte im Klimaschutz erzielen und sie übernehmen eine Anschauungsfunktion.
- Für die regionale Identifikation sind eine breite Beteiligung und Mitwirkungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Klimaschutz stellt hierfür ein geeignetes Themenfeld dar, da durch die Querschnittsfunktion viele Anknüpfungspunkte für ein Engagement der Bürger existieren. Einen weiteren entscheidenden Beitrag liefert dann der Erfolg der Ergebnisse.
- Die Konzentration der Kommunen auf wirtschaftlich rentable Maßnahmen entspricht einem aktuellen Trend. Die Einigung auf unwirtschaftliche Maßnahmen ist aufwendiger und scheitert häufiger. Dennoch existieren Kooperationen, die sich auch unwirtschaftlichen Maßnahmen widmen.

5.2. Beantwortung der wissenschaftlichen Leitfrage

Welche Ergebnisse lassen sich aus der Prüfung der Arbeitsthesen für die Beantwortung der wissenschaftlichen Leitfrage heranziehen. Die zentrale Frage dieser Arbeit lautet:

„Ist Klimaschutz ein geeigneter Gegenstand von interkommunalen Kooperationen kleiner und mittlerer Kommunen in der Metropolregion Hamburg?“

Allgemein werden mit interkommunaler Kooperation unter anderem folgende Ziele verfolgt:

- Den eigenen Handlungsspielraum erweitern.
- Handlungsfelder erschließen, die mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft nicht erreichbar wären.
- Kräfte und Kompetenzen bündeln.
- Effizientere Strukturen schaffen.

Diese Ziele wurden von allen oder einigen der Fallstudien erfüllt. Durch die Kommunale Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen gemeinnützige GmbH können die Kommunen zusätzliche finanzielle Mittel für den Klimaschutz einsetzen. Im Kooperationsraum Aller-Leine-Tal führt die Kooperation zu einem effizienteren personellen. Im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Lüchow-Dannenberg wurde durch die Kooperation der Kompetenzbereich vergrößert und auch hier führte die Kooperation zu einem effizienteren Einsatz des Personals.

Die Energieagentur emma e. V. trägt dazu bei, dass Wissenslücken in der Verwaltung geschlossen werden.

Den befragten Kommunen wäre das Handeln im Klimaschutz in der beschriebenen Form ohne Kooperation nicht, oder nicht in diesem Maße, möglich gewesen.

Des Weiteren zählt zu den vier Grundbedingungen der Kooperationsbedarf bzw. -anreiz, die Initiative von Akteuren, die Kooperationsbereitschaft und niedrige Transaktionskosten. Den Kooperationsbedarf stellen zumeist die fehlenden finanziellen Mittel, der Mangel an Know-How oder faktische Abhängigkeiten dar. Während die Förderbedingungen den notwendigen Kooperationsanreiz liefern. In allen Fallstudien haben aktive Akteure die Initiative ergriffen und haben andere von der Mitarbeit überzeugt.

Diese Akteure übernehmen somit eine wichtige Promotoren-Funktion. In den meisten Fällen war die Kooperationsbereitschaft bei den Mitwirkenden von Beginn an vorhanden und es musste kaum Überzeugungsarbeit geleistet werden. Von allen Beteiligten wird der Kooperationsnutzen als größer eingeschätzt als die Transaktionskosten. Dies wurde allerdings in keiner Fallstudie wissenschaftlich erhoben.

Im Bereich Klimaschutz lassen sich also die Grundbedingungen von interkommunalen Kooperationen herstellen. Die Fallstudien haben nicht nur gezeigt, dass interkommunale Kooperationen im Klimaschutz möglich sind, sondern auch, dass die Zusammenarbeit häufig wesentliche Vorteile für alle Kooperationspartner bietet.

Es konnten anhand der Fallstudien keine Hemmnisse identifiziert werden, die Kooperationen scheitern ließen oder im Wesentlichen verhindert haben. Dazu hätten Kommunen befragt werden müssen, bei denen Kooperationen gescheitert sind oder gar nicht erst eingegangen wurden. Diese ließen sich jedoch im Rahmen der Recherche nicht identifizieren. In den Fallstudien wurde aber deutlich, dass für den Erfolg der Kooperationen wesentliche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen.

Dazu zählen allgemeine Erfolgsfaktoren für interkommunale Kooperationen ebenso wie spezielle Rahmenbedingungen für dieses Themenfeld. Zu den allgemeingültigen Erfolgsfaktoren zählen z. B. die genaue Definition von Aufgaben und Zielen, strukturelle Ähnlichkeit der Kooperationspartner und eine kollegiale Zusammenarbeit. Einige Faktoren müssen jedoch im Klimaschutz stärker oder zusätzlich beachtet werden, damit die Kooperationen erfolgreich verlaufen. Dies ist auf zwei zentrale Eigenschaften des Klimaschutzes zurückzuführen: zum einen auf die Eigenschaft als freiwillige Aufgabe der Kommunen und zum anderen auf den noch immer durch Innovationen geprägten Charakter.

Der innovative Charakter, der Klimaschutz auch nach Jahrzehnten kommunalen Engagements anhaftet, löst bei vielen Unsicherheiten und Befürchtungen aus. Aus diesem Grund ist bei einem solchen Thema das Werben um Akzeptanz von besonderer Bedeutung. In einigen Regionen ist diese Akzeptanz auf Grund von Gegebenheiten größer (z. B. im Wendland), als in anderen.

Insbesondere bei großer Skepsis können zusätzliche Argumente über den Klimaschutz hinaus für mehr Akzeptanz seitens der Bevölkerung und der Politik sorgen. Aus diesem Grund sind häufig Konzepte, Maßnahmen und Projekte, die fiskalische Vorteile erzeugen, geeignet für den Einstieg in den Klimaschutz und insbesondere für Kooperationen im Klimaschutz. Werden die finanziellen Einsparungen für einen guten Zweck, also z. B. für soziale Projekte oder weitere Klimaschutzmaßnahmen, verwendet, lässt sich die Akzeptanz für solche Maßnahmen zusätzlich steigern. Ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz von Klimaschutz liefern konkrete Projekte. Sie verdeutlichen lokale Handlungsoptionen für ein globales Problem und machen auch persönliche Handlungsmöglichkeiten deutlich. Verstärkt wird diese Beispielfunktion, wenn die Projekte durch Preise und Auszeichnungen überregional Anerkennung finden.

Aus diesem Grund sollten die Beteiligten durch Einbeziehung von Externen oder eigene Weiterbildung eine hohe fachliche Kompetenz aufweisen. Nur so lassen sich eine hohe Qualität der Projekte gewährleisten und größere positive Effekte erzielen. Zur Akzeptanzförderung ist die Vorbildfunktion der Kommunen von zentraler Bedeutung. Bevor die Kommunen bei anderen Akteuren ansetzen, sollten sie beginnen ihre eigenen Einsparpotentiale auszunutzen. Dies vermittelt den Gedanken, dass alle gemeinsam handeln müssen und erhöht so die Akzeptanz.

Häufig führen die Förderbedingungen dazu, dass sich Kooperationen bilden, da diese nur gemeinsam erfüllt werden können. Dies hat den Vorteil, dass die Fördermittel häufig mit größerer Effektivität eingesetzt werden. Die höhere Effektivität des Fördermitteleinsatzes ist auf die Arbeits- und Kostenteilung zurückzuführen, die bei den meisten Kooperationen im Klimaschutz nachweisbar ist. Insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen stellt die Kooperation eine Lösung dar, um bei geringerem Mitteleinsatz gleiche oder sogar bessere Effekte erzielen zu können.

Leider können diese Förderbedingungen auch bewirken, dass Kommunen der Zugang zu den Fördermitteln verwehrt bleibt. Erfüllen Kommunen nicht die Förderbedingungen und finden keine geeigneten Kooperationspartner, gelten sie als nicht förderberechtigt. So wird ihr Engagement im Klimaschutz stark eingeschränkt.

Andere Hemmnisse können durch Kooperationen unter Umständen noch verschärft werden. Dazu zählen z. B. die Konsensfindung bei unwirtschaftlichen Projekten und der Mangel an zuverlässigem Datenmaterial. Hinzu kommen externe Faktoren, die für die Kommunen nicht beeinflussbar sind. So z. B. die unzuverlässige Förderpolitik in den letzten Jahren, die kaum eine Planungssicherheit hinsichtlich der Finanzierung zuließ.

Zusammenfassend kann die Frage, ob Klimaschutz ein geeigneter Gegenstand von interkommunalen Kooperationen kleiner und mittlerer Kommunen in der Metropolregion Hamburg ist, positiv beantwortet werden: Klimaschutz ist ein geeigneter Gegenstand von interkommunalen Kooperationen kleiner und mittlerer Kommunen. Es lassen sich hinsichtlich der finanziellen Mittel und des personellen Einsatzes wichtige Synergieeffekte erzielen. Auf Grund des innovativen Charakters und der Freiwilligkeit dieser Aufgabe müssen aber bei der interkommunalen Kooperation im Bereich Klimaschutz Aspekte beachtet werden, die über die in anderen Handlungsfeldern von Kooperationen hinausgehen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Kommunen eine zentrale Rolle bei der Erreichung von CO₂-Einsparzielen der EU und des Bundes spielen. Interkommunale Kooperation ist ein geeignetes Instrument, um Klimaschutz in den Kommunen zu betreiben und so diesen Zielen näher zu kommen. Die Kommunen erschließen sich durch die Kooperation ein neues Handlungsfeld oder vergrößern ihren Handlungsspielraum. Dabei ist es vom Schwerpunkt der Kooperation abhängig, ob dies durch Erschließung neuen Wissens oder neuer finanzieller Mittel geschieht. Noch reicht jedoch das Engagement zur Zielerreichung nicht aus. Um das Engagement der Kommunen zu fördern, sind Fördermittel von zentraler Bedeutung. In Zukunft müssen den Kommunen also zusätzliche Mittel an die Hand gegeben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Förderungen zuverlässig sind und den Kommunen so eine Planungssicherheit gewähren. Förderbedingungen, wie z. B. Mindesteinwohnerzahlen, können dazu beitragen, dass diese Fördermittel effizient eingesetzt werden und sich viele Kommunen für eine Zusammenarbeit im Klimaschutz entscheiden. Auf der anderen Seite können sie auch dazu führen, dass Kommunen von der Förderung ausgeschlossen werden.

Quellenverzeichnis

Literatur

Bielitza-Mimjähner, Ralf (2007): Kommunalen Klimaschutz als Instrument einer nachhaltigen Energieversorgung unter den Bedingungen von Globalisierung und Liberalisierung? Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Akteure Kommune und Stadtwerke. Dissertationsschrift. Haselünne.

Dieckmann, Bärbel (2009): Kommunen machen weltweit Tempo – Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel. In: Europa Kommunal - Europäische Zeitschrift für Rat, Verwaltung und Wirtschaft. Ausgabe: 2/2009. Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Köln.

Dr.-Ing. Fischer, Anette und Dipl.-Pol. Kallen, Carlo (Hrsg.) (1997): Klimaschutz in Kommunen – Leitfa-den zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Konzepte. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Interkommunale Zusammenarbeit – Handreichung für die Kommunalpo-litik. Autoren: Hans-Jörg Frick und Michael Hockeler. Bonn.

Hallbach-Gröming, Beate (2005): Formen der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der kom-munalen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin.

KfW Bankengruppe (Hrsg.) (2010): Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik für die Kommune der Zukunft – Abschlussbericht des Expertenkreises. Selbstverlag, Frankfurt am Main.

LAG (Lokale Aktionsgruppe) Kooperationsraum Aller-Leine-Tal (2007): Regionales Entwicklungskon-zept. Selbstverlag, Hannover.

Leitstelle Klimaschutz des Kreises Pinneberg (2009): Klimaschutzaktivitäten des Kreises Pinneberg in 2008. Selbstverlag, Pinneberg.

Lindloff, Karsten (2003): Kooperation erfolgreich gestalten – Erfolgsfaktoren kooperativer Prozesse in der Regionalentwicklung. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. Dortmund.

LKLD (Landkreis Lüchow-Dannenberg) (2010): Integriertes Klimaschutzkonzept Landkreis Lüchow-Dannenberg - Status quo, Potenziale, Ziele, Maßnahmen. Selbstverlag.

Portz, Norbert (2005): Interkommunale Zusammenarbeit – Praxisbeispiele, Rechtsformen und Anwen-dung des Vergaberechts. Deutscher Städte und Gemeindebund. Verlag Winkler & Stenzel GmbH, Burgwe-del.

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2008): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Springer-Verlag, Berlin / Heidelberg.

Willenbrock, Harald (2010): Neue Energie. In: Brand eins. Ausgabe 07/10. brand eins Medien AG.

WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) (2005): Kommunaler Klimaschutz in Deutschland – Handlungsoptionen, Entwicklung und Perspektiven. Discussion Paper SPS IV 2005-101 von Kristine Kern, Stefan Niederhafner, Sandra Rechlin und Jost Wagner.

Online-Quellen

BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) (2010): Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb? <<http://www.bpb.de/themen/T0C29K.html>>. Zitationsdatum: 30. März 2010.

Interview- und Gesprächspartner

Benecke, Harald. Samtgemeindebürgermeister Wrestedt. Gespräch am 6. September 2010.

Döcke, Michael. Fachdienst Bau- und Regionalentwicklung, Kreis Dithmarschen.
Gespräch am 23. Juni 2010

Fritze, Wolfgang. Wirtschaftsförderung, Gemeindeverwaltung Karstädt, Wrestedt.
Gespräch am 15. September 2010

Kausch, Franziska. Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz. Gespräch am 14. Juli 2010

Köhler, Wolfram. Vereinsvorsitzender des emma e.V. - Energiemanagementagentur für die Regionen Elbtalaue - Prignitz – Wendland. Gespräch am 24. Juni 2010.

Meyer, Arno. Geschäftsführer der Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen gemeinnützige GmbH. Gespräch am 27. August 2010

Ortmanns-Möller, Renate. Regionale Wirtschaftsprozesse, Landkreis Lüchow-Dannenberg. Gespräch am 16. September 2010.

Peters, F. Landkreis Uelzen. Gespräch am 23. Juni 2010.

Rahlf, Stephanie. KoRiS - Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR,
Gespräch am 18. August 2010

Reher, Isa. Kreis Stormarn. Gespräch am 23. August 2010.

Scheppelmann, Rainer. Leitstelle Klimaschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Freie und Hansestadt Hamburg. Gespräch am 15. Juni 2010.

Schipper, Silvia. Projektträger Jülich (PtJ). Gespräch am 24. Juni 2010.

Schrodt, Manfred. (GBM) AöR Gebäudemanagement Landkreis Lüchow-Dannenberg.
Gespräch am 16. September 2010.

Schulz Fachbereich Regionalentwicklung, Umwelt und Bauen. Kreis Herzogtum Lauenburg.
Gespräch am 27. August 2010.

Slowek-Klaus, Stefanie. Klimaleitstelle Lüneburg. Gespräch am 9. August 2010.

Tolkmitt, Ulrike. Stabsstelle Klimaschutz des Landkreises Harburg. Gespräch am 23. Juni 2010.

Unger, Florian. Klimawandel und Kommunen. Gespräch am 15. September 2010.

Voige, Cort-Brün. Samtgemeindebürgermeister Rethem (Aller), Projektgruppe „Erneuerbare Energien“ im
Aller-Leine-Tal. Gespräch am 23. August 2010.

Vooth, Petra. Klimaschutzbeauftragte des Landkreises Cuxhaven. Gespräch am 25. Juni 2010.

Vratny, Anja. Leitstelle Klimaschutz. Kreisverwaltung Pinneberg. Gespräch am 9. August 2010.

Abbildungen

- Abbildung 1:** Titel. Quelle: Eigene Darstellung. Nach: <http://nssdc.gsfc.nasa.gov/imgcat/html/object_page/a17_h_148_22727.html>. und <www.steuerberater-werner.de/img/tuer_offen.png>.
- Abbildung 2:** Die unterschiedlichen Rollen der Kommunen im Klimaschutz.
Quelle: Eigene Darstellung.
- Abbildung 3:** Interkommunale Kooperationen im Klimaschutz in der Metropolregion Hamburg.
Quelle: Eigene Darstellung.
- Abbildung 4:** Kooperationsraum des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Lüchow-Dannenberg.
Quelle: Eigene Darstellung.
- Abbildung 5:** Kooperationsraum der Region Aller-Leine-Tal. Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 6:** Kooperationsraum emma e. V. Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 7:** Kooperationsraum der Klimaschutzgesellschaft Landkreis Uelzen.
Quelle: Eigene Darstellung

Abkürzungen

AG	Aktiengesellschaft
BauGB	Baugesetzbuch
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
E/km ²	Einwohner pro Quadratkilometer
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
FNP	Flächennutzungsplan
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GLL	Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Verden
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWh/a	Gigawattstunden pro Jahr
i. V.	im Vergleich
IEKP	Integriertes Energie- und Klimaprogramm
LAG	Lokale Aktionsgruppe
MIV	Motorisierten Individualverkehr
Mio.	Millionen
NIV	Nichtmotorisierter Individualverkehr
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
REK	Regionales Entwicklungskonzept
u. Ä.	und Ähnliches
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil